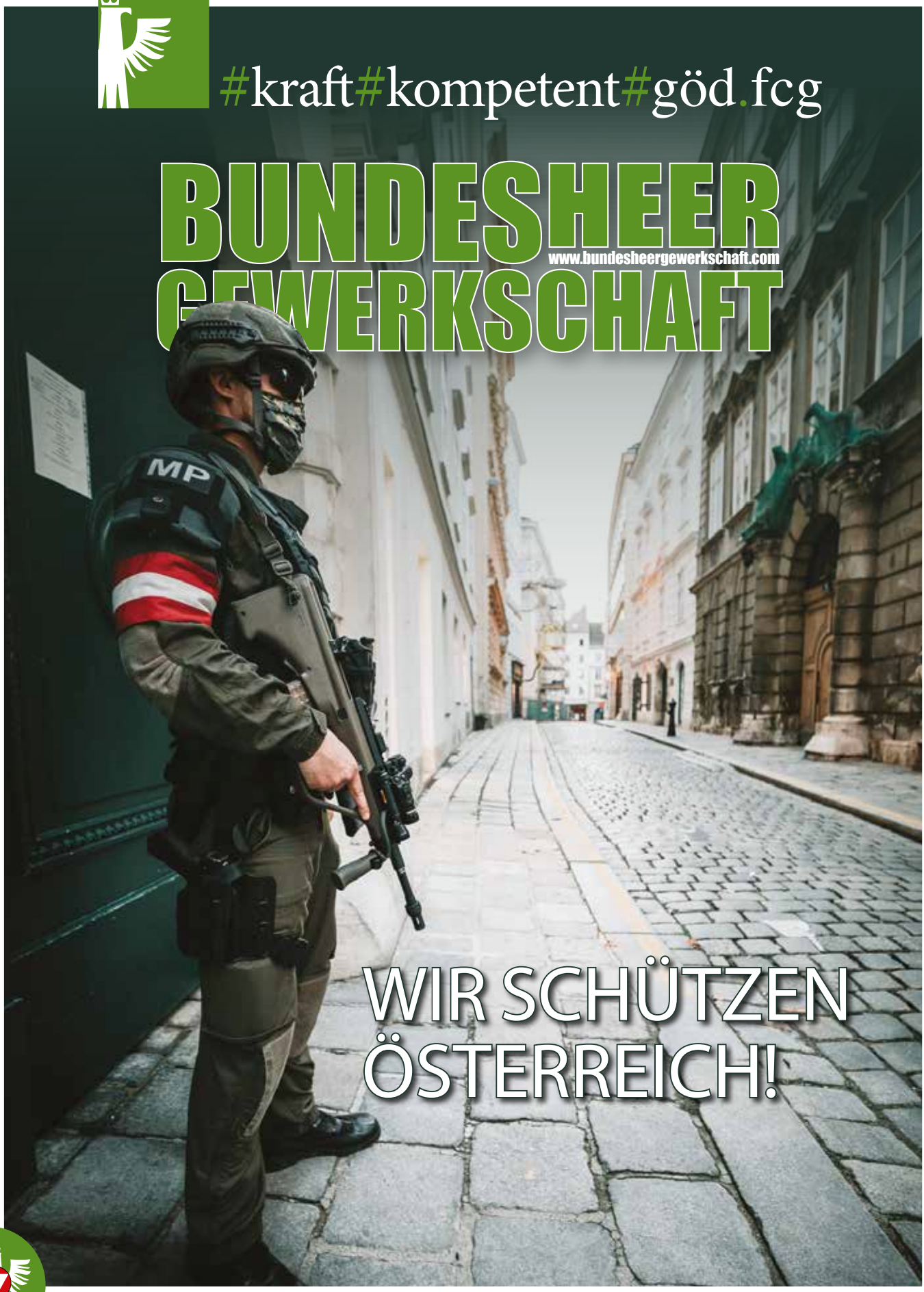
Ausgabe 2/2020

#kraft#kompetent#göd.fcg

BUNDESHEER GEWERKSCHAFT

www.bundesheergewerkschaft.com



WIR SCHÜTZEN ÖSTERREICH!

FOTO: BH / NICK RAINER

INHALT

EDITORIAL	3
AKTUELL	6
INTERVIEW BM TANNER	8
EUROFIGHTER	10
VOR ORT	14
ANMELDUNG GÖD	23

AUS DER REDAKTION

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Sie halten die aktuelle Ausgabe der **göd.fcg**-Zeitung in Ihren Händen. Das Schwergewicht dieser Ausgabe liegt auf dem Thema „Pro und Contra Eurofighter“. Die Redaktion wünscht viel Vergnügen beim Lesen und trotz der herausfordernden Zeiten eine harmonische Vorweihnachtszeit.

FROHE WEIHNACHTEN UND EIN GUTES NEUES JAHR 2021!

IMPRESSUM

„göd.fcg“ ist das Mitgliedermagazin der christlichen Gewerkschafter in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst – Bundesvertretung Bundesheergewerkschaft. Herausgeber: Zentralverband der Christlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Österreichs, A-1080 Wien, Laudongasse 16; ZVR Nr. 938560454. Chefredakteur und für den Inhalt verantwortlich: Günter Biedermann. E-Mail: zeitung@bundesheergewerkschaft.com. Redaktionsteam: Josef Hagendorfer, Ronald Heider, Günther Tafeit, Gerald Sapper. Konzeption, Produktion, Redaktion und Grafik: Modern Times Media VerlagsgesmbH, A-1030 Wien, Lagergasse 6/35. Hersteller: Druckerei Berger, A-3580 Horn, Wiener Straße 80. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Autors dar, die sich nicht mit der Meinung der GÖD/FCG decken muss.

#kraft#kompetent#göd.fcg

Terrorismus im Inland bekämpfen kann auch eine Aufgabe des Bundesheeres sein

FANATISMUS UND HASS AUF MENSCHEN UND GESELLSCHAFT ALS TERRORMOTIV

Was treibt einen Terroristen an, in dem Land, in dem er selbst lebt und das versucht, allen ein vernünftiges Leben in Freiheit zu ermöglichen, andere Menschen umzubringen?

Eine Analyse der Gründe für diese schäbige Tat würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, aber viele sehen im Terrorakt den ultimativen Ausdruck des Hasses gegen eine Gesellschaft und die Menschen, die ihr gutes Recht wahrnehmen, so zu leben, wie sie selbst wollen, jedem ein Höchstmaß an Freiheit zuzugestehen und diese Freiheiten auch zu schützen.

VÖLLIG SINNLOSE ANGRIFFE

Eines ist jedoch klar: Derartige Anschläge können die Lebensweise der Österreicher in den verschiedenen Regionen unseres schönen Landes, die Weltoffenheit, den säkularen Staat, das Miteinander über das Gegeneinander zu stellen, die liberale demokratische Werteordnung, welche unter vielen Opfern und nach vielen Rückschlägen hart erkämpft wurde, nicht ändern.

Es sind Narrative der Österreicher, die ihre Wurzeln in einer langen gemeinsamen Geschichte der hier Wohnenden und der hierher Zugezogenen haben, die eine Gesellschaft ausmachen. Wer glaubt denn ernsthaft, dass sich die Österreicher ihr Wesen und ihre Werte durch eine radikale Ideologie einfach nehmen lassen? Und das gilt für alle radikalen Ideologien.

Für uns ist daher klar, wer immer dies versucht, wird scheitern. Es ist aber an uns, diese Versuche so früh wie möglich zu erkennen und gemeinsam abzuwehren.

MinR Mag. Walter HIRSCH

FOTO: BUNDESHEER

ZUSAMMENARBEIT MIT DER POLIZEI WIRD IMMER BESSER

War in früherer Zeit die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organisationen von Abgrenzung, Misstrauen und Neid geprägt, hat sich dieses Bild in den letzten Jahren deutlich geändert.

Es ist spätestens seit den beginnenden 2000er-Jahren klar, dass sich die Bedrohungen auch im Bereich der inneren Sicherheit immer mehr in die Richtung asymmetrischer Kampfführung verschieben.

Dieser neuen Gefahr kann aber nicht mehr allein mit den Mitteln der Polizei im Inneren begegnet werden. Auch wenn im vorliegenden Fall der Terrorist in der Tathandlung ein nicht ausgebildeter Einzeltäter war, muss man auch den Fall in Betracht ziehen, dass Attentate mit mehreren kampferfahrenen Tätern stattfinden können.

In diesem Fall ist der Auftrag des Heeres und des Soldaten gefragt, die Überwindung des Feindes mit physischer Gewalt – der Wesenskern des Soldatenberufs.

Die Abgrenzung ist fließend geworden.

KAMPFAUSRÜSTUNG FÜR UNSERE SOLDATEN VERBESSERN

Hier dürfen wir auch wieder eine wichtige Forderung für unsere Soldaten wiederholen. Die Verbesserung der Ausrüstung für den Kampf – insbesondere den Häuserkampf – und den Schutz der Soldaten. Modernisierung der Sturmgewehre, schusssichere Westen, Sicherheitsholster, Verbesserung der Nachtkampffähigkeit usw.

Wenn die Einsätze schon gefährlicher werden, dann soll auch der Schutzstandard angehoben werden. Unsere Soldaten haben sich diese Investition jedenfalls verdient.

KEINE ZUSAMMENLEGUNG DER DIENSTE

In der in den Medien kolportierten Idee einer Zusammenlegung der Dienste (Heeresnachrichtenamt, Abwehramt und Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung) sehen wir keine Verbesserung.

Alle Dienste haben im Rahmen ihrer Aufgabenstellung einer eigenen Philosophie zu folgen, um das bestmögliche nachrichtendienstliche Arbeitsergebnis zu erzielen, und unterstützen mit ihrer Arbeit ganz unterschiedliche staatliche Stellen und Behörden. Darauf hat der jeweilige Aufgabenschwerpunkt abzuzielen. Arbeitsteilige Verfahren laufen bekanntlich aufgrund von Spezialisierung besser. Und – an der Evaluierung der Kommunikation untereinander wird sicher schon gearbeitet.

Der Schaffung eines „Ministeriums für Informationswiederbeschaffung“, wie in einem bekannten Film über einen totalitären Überwachungsstaat der 1980er-Jahre, stehen wir jedenfalls sehr kritisch gegenüber.

Die derzeitige Aufteilung ergibt Sinn.

ZUSAMMENARBEIT HAT BEREITS FRÜCHTE GETRAGEN

Dass das über Jahrzehnte gepflegte Konkurrenzdenken zwischen den Uniformträgern in Österreich in den letzten Jahren endlich in den Hintergrund gedrängt werden konnte und einer sehr konstruktiven Zusammenarbeit in allen Bereichen, in denen Berührungspunkte bestehen, gewichen ist, zeigt sich nicht zuletzt in der sehr zeitnahen Einbindung und Alarmierung von hochprofessionellen Teilen des Bundesheeres zur Übernahme polizeilicher Aufgaben und allfälliger Unterstützung zur Bekämpfung des Attentäters. Darüber hinaus steht das Bundesheer auch zur Abwehr wirklich schwerer Angriffe auf unseren Staat und unsere Mitbürger durch Terrorgruppen bereit.

Der Schutz der Bevölkerung, die Sicherheit, klare Strukturen, klares Eingreifen und rasches Abstellen von Angriffen und Ausschalten der Angreifer, dafür steht unser Bundesheer und darauf verlässt sich die Bevölkerung in jeder noch so gefährlichen Situation.

Unser Heer – eine Armee aus dem Volk für das Volk – leistet im Zusammenwirken mit den Kräften der inneren Sicherheit immer und jederzeit seine Pflicht, um Österreich und sein Volk zu schützen. Die Bevölkerung dankt es mit steigender Wertschätzung, die Politik mit steigender Budgetierung – weiter so!

#kraft#kompetent#göd.fcg

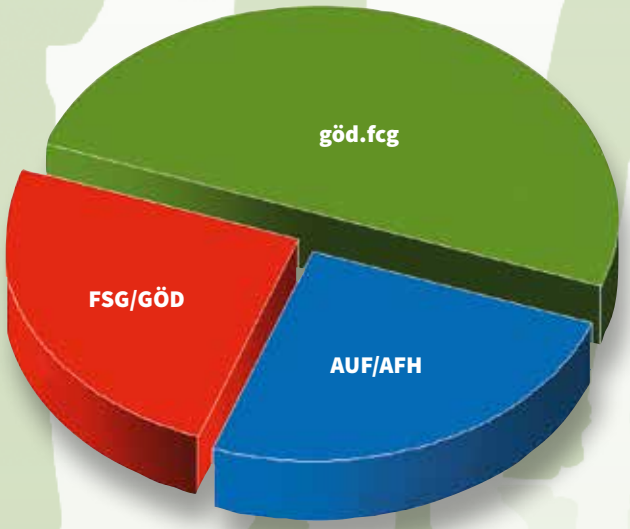
Walter Hirsch

Foto: BH / Nick Rainer

Kann ein Wahlergebnis unfair sein?

Immer öfter hört man, dass sich die AUF-AFH-Vertreter im Zentralausschuss und neuerdings auch die FSG von den Wählern unfair behandelt fühlen.
Wir haben dagegen den Eindruck, dass dieses Wahlergebnis die tatsächlichen Vertrauensverhältnisse sehr gut wiedergibt. Man hätte ja der einen oder anderen Wählergruppe dieses geringe Ergebnis gar nicht zugetraut, aber es gibt eben nur 12 Mandate im Zentralausschuss zu vergeben.

Ja, auch unsere Bäume wachsen natürlich nicht in den Himmel und es ist an uns, jeden Tag zu beweisen, dass wir den Wählerauftrag mit Demut annehmen und uns durch ehrliche Arbeit jeden Tag um euer Vertrauen bemühen.
Ja, auch wir sind nicht fehlerfrei, auch wir sehen es als vernünftig an, dass die Wählergruppen im Zentralausschuss einander kontrollieren. Aber grundsätzlich muss man gegenüber dem Dienstgeber geschlossen auftreten. Und diese Geschlossenheit, eine Voraussetzung des optimalen Funktionierens der obersten Personalvertretung, vermissen wir derzeit – etwa bei den Vertretern der kleinen Haidinger-Privatgewerkschaft bzw. der AUF-AFH – ganz gewaltig.
Diese sehen im Zentralausschuss offenbar kein Kollegialorgan, sondern so eine Art Landtag, wo es eine Landesregierung und eine Opposition gibt. Und sie fühlen sich wohl auf den bequemen Plätzen der Opposition, wo sie nichts beitragen, aber alles kritisieren oder stören.
Damit bestätigt sich etwas, was wir schon lange vermuten: Die FGÖ/AUF/AFH kann Personalvertretung nicht, und von Gewerkschaft ist dort sowieso keine Rede.
Dies führt dazu, dass die FGÖ/AUF/AFH-Vertreter mit immer mehr Inbrunst machen, was sie selbst als größte Sünde erkannt haben wollen: Sie diskutieren im Zentralausschuss „stundenlang“ über Beistriche, soll heißen, das Allerwichtigste ist für sie die Bezeichnung des Tagesordnungspunktes und nicht die in einer Sitzung notwendige Beschlussfassung.
Ist der Tagesordnungspunkt falsch bezeichnet, was einmal passieren kann, dann kann es nach Ansicht der FGÖ/AUF/AFH keine geordnete Debatte geben, weil sie sich dann gar nicht erst auskennen wollen und vorgeben, nicht vorbereitet zu sein.
Alle Bediensteten müssen sich in diesem Ressort an die dienstbetrieblichen Anordnungen halten, nicht jedoch der eine oder andere FGÖ/AUF/AFH-Vertreter im ZA. Ja, es gibt die für die Personalvertreter wichtige Schutzbestimmung, dass sie **in Ausübung ihrer PV-Vertretungstätigkeit** an keine Befehle und Weisungen der Vorgesetzten gebunden sind. Diese Unabhängigkeit ist für eine geordnete Dienstnehmervertretung unerlässlich.
Andererseits sollte es für alle Personalvertreter völlig klar sein, dass die dienstlichen Aufgaben und Vorschriften des Dienstbetriebes einzuhalten sind, diese gelten für alle gleichermaßen. Von den Vertretern der FGÖ/AUF/AFH wird die Immunität der Personalvertreter aber so verstanden, dass sie sich an gar keine Befehle und Weisungen gebunden fühlen, auch nicht an solche, die sie in ihrem dienstlichen Aufgabenbereich bekommen. Also sucht sich der gewählte FGÖ/AUF/AFH-Personalvertreter aus,



ob er einen dienstlichen Befehl befolgt oder nicht. Diese Sichtweise richtet sich von selbst. Wenn das Vertrauen der Wähler gegenüber der FGÖ/AUF/AFH-ZA-Fraktion bereits bisher gestört war – jetzt ist es jedenfalls völlig zerstört!
Für alle, für die Demokratie nur dann akzeptiert wird, wenn sie gewinnen, sei hier festgestellt: Wahlergebnisse sind nie unfair, sie geben den Wählerwillen und das Vertrauen am Wahltag wieder und sind die Säule des Funktionierens unserer Gemeinschaft. Liebe ZA-Opposition, akzeptiert es einfach und strengt euch an, vielleicht geht es dann beim nächsten Mal besser!
Wahlergebnisse lügen nicht!

ABER JETZT ZU ETWAS POSITIVEM
Ein unerwartet gut dotiertes Budget für heuer und auch für die nächsten Jahre war der erste spürbare Erfolg, den die neue Administration unter unserer Bundesministerin Klaudia Tanner erreicht hat. So etwas kannten wir seit Jahrzehnten nicht!
Lang ausstehende Entscheidungen, wie z. B. die Nachfolge der Alouette III, die Möglichkeit der Einteilung von Unteroffizieren ohne abgeschlossene StbUO-Ausbildung auf FG 1-Arbeitsplätze als Maßnahme des Ausnahmemanagements, lang geplante und bis dato nicht umgesetzte Infrastrukturmaßnahmen wurden auf den Weg gebracht – Stichwort „modernste Kaserne Österreichs“ in Kärnten sowie Infrastrukturprojekte in Wien. Außerdem konnten bereits dringend notwendige Beschaffungen, wie die zusätzlichen 30 Stk. Pandur EVO oder die Aufstockung der Großraumbusflotte und vieles mehr, eingeleitet werden.
Daher sind wir durchaus optimistisch, dass wir weitere noch ausstehende Problemlösungen (UO-Besoldung 2. Schritt, Offiziersbesoldung etc.) mit unserer neuen Ressortchefin zu einem erfolgreichen Abschluss bringen können.

Wir, als **göd.fcg-**Personalvertreter, werden auch weiterhin mit dem uns geschenkten Vertrauen sorgsam und verantwortungsbewusst umgehen und versuchen, das Beste für euch zu erreichen!
Zum Abschluss darf ich allen Soldatinnen, Soldaten und Zivilbediensteten für das bevorstehende Weihnachtsfest besinnliche und erholsame Tage wünschen und in dieser schwierigen Zeit möchte ich schließen mit „**G’sund bleiben!“** ■

EUER PETER SCHROTTWIESER

FOTOS: ADOBE STOCK / BUNDESHEER

Österreich verfügt über ein einsatzfähiges LRÜ-System

Ein Interview mit der Bundesministerin für Landesverteidigung, Mag. Klaudia Tanner. Das Interview führte Günther Tafeit.

Frau Bundesministerin, im Zuge Ihrer Bestrebungen, die österreichischen Eurofighter an Indonesien zu verkaufen, sind bei den Kolleginnen und Kollegen, vor allem im Bereich der aktiven Luftraumüberwachung, einige Verunsicherungen aufgetaucht. Vorweg die zentrale Frage: Halten Sie auch künftig an der LRÜ mit einem Überschallflugzeug fest?

Österreich ist per Völkerrecht und Verfassung dazu verpflichtet, seine Neutralität sicherzustellen, sein Staatsgebiet zu schützen sowie die Sicherheit am Boden und in der Luft zu gewährleisten. Für die Wahrung der Lufthoheit in Österreich sind aufgrund meist kurzer Reaktionszeiten überschallschnelle Abfangjäger notwendig. Ein- bis zweimal pro Woche müssen unsere Abfangjäger starten, um die Sicherheit im Luftraum zu gewährleisten. Dabei reichen die Zwischenfälle mit fremden Flugzeugen vom technischen Gebrechen über Pilotenfehler bis hin zum Terrorverdacht. Dass ein Abbruch der Funkverbindung der Beginn einer Terror-Bedrohung sein kann, hat 9/11 in den USA leidvoll gezeigt. Um reaktionsfähig zu sein und den Schutz der Bevölkerung sicherstellen zu können, brauchen wir daher überschallschnelle, bewaffnete Abfangjäger. Die Sicherheit Österreichs und seiner Bevölkerung hat für mich oberste Priorität. Ich bekenne mich zu 100 Prozent zur aktiven und passiven Luftraumüberwachung

„ICH BEKENNE MICH ZU 100 PROZENT ZUR AKTIVEN UND PASSIVEN LUFTRAUMÜBERWACHUNG UND DAMIT ZUM SCHUTZ DER ÖSTERREICHISCHEN SOUVERÄNITÄT!“

und damit zum Schutz der österreichischen Souveränität.

Der seinerzeitige „Darabos-Deal“ hat das Gesamtkonzept der aktiven Luftraumüberwachung nachhaltig zerstört. So wurde bewusst vor allem auf die Nachtsichttauglichkeit und den Selbstschutz verzichtet. Werden bei einem möglichen künftigen Flugzeug diese Einschränkungen kompensiert werden?

Wir werden alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um einen Ausstieg aus dem Eurofighter-Vertrag zu erreichen. Ein daraus resultierender eventueller Umstieg auf ein Nachfolgemuster wird erst nach Klärung der Eurofighter-Causa zu beurteilen sein. Es wird eine adäquate und kosteneffiziente Lösung geben müssen. Im Fokus wird jedoch bei allen möglichen Varianten die optimale Erfüllung der Aufgabe der Luftraumüberwachung stehen.

Österreich will in der Luftraumüberwachung ein „Einflottenprinzip“ verfolgen. Erfolgt künftig eine aktive 24/7-Überwachung und wird es dazu die notwendige Anzahl an Luftfahrzeugen sowie die entsprechende Aufstockung in der Organisation geben?

Die bodengestützten Sensoren der Luftraumüberwachung „Goldhaube“ überwachen den österreichischen Luftraum 24/7; dabei wird auch der benachbarte Luftraum bis weit über die Staatsgrenzen beobachtet. Zusätzlich befindet sich die Luftraumüberwachungszentrale des Bundesheeres in ständigem Kontakt mit den Zentralen der Nachbarländer. So können bereits im Vorfeld Maßnahmen gesetzt werden, um zum Beispiel nicht genehmigte Überflüge von ausländischen Militärluftfahrzeugen abweisen zu können. Die aktive Luftraumüberwachung, sprich der Einsatz von bewaffneten, überschallschnellen Abfangjägern, wird in der Zeit mit dem erfahrungsgemäß größten Flugaufkommen durchgeführt.

Je nach Lageentwicklungen und in speziellen Situationen kann eine aktive Luftraumüberwachung, auch in der Nacht, über einen längeren Zeitraum angeordnet werden.

Im Wartungskonzept der Luftraumüberwachungs-Flugzeuge hat sich Österreich für eine „Werftlösung“ entschieden. Das hat uns neben einer Wartungsautarkie und enormen Kosteneinsparungen gegenüber der Industrie auch 400 hochqualifizierte Arbeitsplätze, vor allem am Fliegerhorst Zeltweg, gesichert. Sehen Sie diese Arbeitsplätze in Gefahr?

Nein, kein einziger dieser Arbeitsplätze ist in Gefahr. Das Erfolgsprojekt „Wartungsautarkie“ garantiert die Unabhängigkeit von unvorhersehbaren Entwicklungen und internationalen Ereignissen – wie sie sich aufgrund der aktuellen Corona-Krise zum Beispiel auf Reisebewegungen auswirken. Unsere Expertinnen und Experten sind in der Lage, sämtliche Wartungstätigkeiten kosteneffizient und rasch in der eigenen Werft am Fliegerhorst Hinterstoisser durchzuführen – darauf können wir mit Recht stolz sein. Durch diese „Werftlösung“ und durch die gesamte Bandbreite aller am Fliegerhorst verfügbaren Arbeitsplätze sind wir einer der wichtigsten Arbeitgeber der Region – eine Expertise und ein Wirtschaftsfaktor, die nicht wegzudenken sind.

Bei der Hubschrauberbeschaffung hat man sich für eine „Government to Government“-Lösung entschieden. Wird dieses Modell weiterverfolgt?

Das wird im Anlassfall zu entscheiden sein, wobei ich das bei der Hubschrauberbeschaffung gewählte Modell einer „Government to Government“-Lösung als sehr zukunftsfähig erachte.

Welchen Zeitraum würden Sie als Übergangsphase definieren bzw. ab wann ist es realistisch, dass möglicherweise neue Flugzeuge die Aufgaben der aktiven Luftraumüberwachung übernehmen?

Diese eher akademische Frage kann nicht grundsätzlich beantwortet werden, da dafür keine fixen Normen bestehen. Die Vergangenheit hat gezeigt, und hier verweise ich auf unsere Erfahrungen beim Umstieg auf die geleasten Schweizer F-5E „Tiger“ im Jahr 2004, dass unsere Piloten in relativ kurzer Zeit in der Lage sind, einen Systemwechsel zu ermöglichen. Die Herausforderungen bestehen in der technisch-logistischen Implementierung des Systems; diese ist von unterschiedlichsten Faktoren abhängig. Zum jetzigen Zeitpunkt stellt sich diese Frage jedoch nicht, da Österreich über ein einsatzfähiges Luftraumüberwachungssystem verfügt.

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, ich danke für das Gespräch.

FOTO: BUNDESHEER/HBF

DER EUROFIGHTER
Eine Never-Ending Story

Die Geschichte des österreichischen Eurofighters „Typhoon“ (EFT) aus Sicht der betroffenen Bediensteten.

Christian Diatel ist Vorsitzender der Personalvertretung am Fliegerhorst Hinterstoisser

Pressemeldung vom Sonnta,g den 13. September 2020. „SAAB bietet den perfekten Jet für Österreichs Bundesheer“. Eine von vielen in dieser Causa entbehrlichen Meldungen, die nicht gerade zur Beruhigung beim Thema Abfangjäger beitragen. Frei nach dem Motto: „Und täglich grüßt das Murmeltier“.

Viel Engagement und Herzblut wurde von den Bediensteten bei der Systemeinführung und in den Betrieb des EFT hineingesteckt. Derartige Meldungen verwundern immer wieder, da ein beinahe 15 Jahre unfallfreier Betrieb mit dem Luftraumüberwachungsflugzeug eigentlich Beweis genug für ein funktionierendes Luftwaffen-System sein sollte.
Wie geht es den Bediensteten bei solchen Pressemeldungen, wenn sie ständig durch wechselnde politische Gruppierungen im Zuge der Eurofighter-Debatte in Geiselhaft genommenen werden?
Als die Nachbeschaffung für den SAAB-Draken in die Wege geleitet wurde, war dies ein Meilenstein für alle Bediensteten im Systembereich „Eurofighter“.
Zur Erinnerung: Ursprünglich war der Ankauf von 30 Maschinen, darunter 6 Doppelsitzer, mit der notwendigen Ausrüstung überlegt worden. Ein durchdachtes Gesamtprojekt, das vorsah, dass sechs EFT für taktisch-operative Aufgaben in einer multinationalen Truppe als „high value assets“ eingebracht werden können. Im Zuge der politischen Diskussionen war man schnell bei 24 Stück angelangt. Diese wurden wegen der Hochwasserkatastrophe im Jahr 2002 auf 18 Stück reduziert. Dass der militärische

FOTOS: BUNDESHEER/WOLFGANG GREBIEN / CHRISTIAN DIATEL

Auftrag zur Luftraumüberwachung eine ausreichende Stückzahl benötigt, wurde von der Politik damals nicht mehr berücksichtigt.

Da man, wie üblich in Österreich, aufgrund fehlender politischer Entscheidungen mit dem Beschaffungsvorgang viel zu spät begonnen hatte, musste die Luftraumüberwachung mit 12 geleasten schweizerischen F5-Tiger vom Standort Graz Thalerhof für rund vier Jahre überbrückt werden. Eine unglaubliche Leistung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Weiters wurden auch die SAAB 105 im Rahmen der Typenwerft auf diesem Standort gewartet. Als Dank dafür schloss die Politik diesen Standort wenig später und verursachte viele Pendlerschicksale nach Zeltweg. Bis heute müssen von den Kolleginnen und Kollegen jede Woche hunderte Kilometer zurückgelegt werden.

Die Ausbildung der Fliegertechniker für den Eurofighter begann im Jahr 2006. Dabei gab es auch die Möglichkeit, die Flugzeuge in der Fertigung beim Hersteller in Manching zu begutachten. Es war ein beeindruckendes Erlebnis, die vollausgestatteten Flugzeuge zu sehen – und völlig untypisch für österreichische Verhältnisse. Man bekommt endlich das, was man benötigt, um der Auftragserfüllung nachkommen zu können, dachten wir. Doch wir hatten uns getäuscht. Jene österreichischen Tranche-2-Flugzeuge, für die unsere Techniker die Bauaufsicht wahrnahmen, fliegen nunmehr mit der original österreichischen Serialnummer unter deutschem Hoheitsabzeichen.

Im Jahr 2007, als der erste Eurofighter in Zeltweg landete, fand auch der durch den damaligen Verteidigungsminister Darabos ausverhandelte Vergleich mit der Reduktion von 18 neuen Tranche-2-Luftfahrzeugen auf 15 teilweise gebrauchte Maschinen der Tranche 1 und dem Verzicht auf wesentliche Flugzeugsysteme und -komponenten, die Versorgungssicherheit und vor allem den Selbstschutz statt. Dieser Vergleich, abgeschlossen durch Bundesminister Darabos, zerstörte das bestens für die LRÜ geeignete System auf das Nachhaltigste. Übrigens, beim Leistungsverzicht von 307 Millionen Euro kamen nur 250 Millionen Euro Ersparnis heraus, da allein 57 Millionen Euro als Abbestellungskosten durch die Firma Eurofighter Jagdflugzeug GmbH gegenverrechnet wurden. Details über diesen „miserablen“ Vergleich können im Bericht des Rechnungshofes online eingesehen werden. Als der erste Eurofighter in Zeltweg landete, befand sich der Minister demonstrativ im Ausland.

Noch heute hören wir Geschichten von Airbus-Mitarbeitern über fliegende Champagnerkorken beim Eurofighter-Management anlässlich dieses „großartigen“ Vergleichs. In der Vorbereitung zu diesem Deal bediente sich Darabos einer Task Force Luftraumüberwachungsflugzeug (TF LRÜF). Details lassen sich auch hier online in der parlamentarischen Anfragebeantwortung durch den damaligen BM Darabos (eingelangt am 22. 5. 2007 S91143/19-PMVD/2007) nachlesen. ➤

Für uns war schnell klar, dass sich BM Darabos über den Tisch ziehen ließ. Die kommenden Erfahrungen bei den Wartungen und Upgrades in den Folgejahren bestätigten dies. Das Flugzeug war technisch „kastriert“ und nachhaltig für die Auftragserfüllung geschwächt. Von den zu erwartenden erhöhten Folgekosten ganz zu schweigen.
Unter dem Nachfolger BM Klug mutierte das Eurofighter-Programm zu einem Minimaleinsatzmittel. Voll einsatzfähige EFT-Piloten wurden außer Dienst gestellt, um sie schließlich später wieder in den Dienst zu stellen, weil doch Kapazitäten fehlten. Unter seiner Ressortführung gab es die obskure Weisung, dass maximal sechs EFT flugklar an der Rampe stehen dürfen!
Es folgte BM Doskozil. Die unter ihm eingerichtete Sonderkommission „Aktive Luftraumüberwachung“ kam zum Ergebnis, entweder den EFT nachzurüsten oder auf ein voll ausgestattetes Folgesystem umzusteigen. Für uns Fliegertechniker war klar, dass der Wechsel zu einer Alternativflotte selbst innerhalb eines 30-jährigen Betrachtungszeitraums nicht jenes aufgezeigte Einsparungspotenzial erreichen wird.
Unter FBM Tanner wird nun ein Verkauf der österreichischen EFT nach Indonesien geprüft! Und die Berater, allen vorweg die „Luftexperten“ in der Revision, und das Thema bleiben immer die gleichen: „Wir müssen die Eurofighter loswerden!“
Für uns Mitarbeiter im System EFT, die tagtäglich die Stärken und Schwächen des Waffensystems erleben, ist unverständlich, dass man das System EFT nicht seriös durch einen überparteilichen Konsens kostengünstig zukunftsfit macht und an der Sanierung des seinerzeitigen „Darabos-Deals“ arbeitet. Obwohl wir als Mitarbeiter der österreichischen Luftstreitkräfte offen für alle Hersteller und Luftfahrzeuge sein müssen, glauben wir, dass ein Weiterbetreiben der EFT für den Steuerzahler allemal billiger ist, als sich auf ein ungewisses neues „Beschaffungsabenteuer“ einzulassen.

Wir haben die Mitarbeiter der Firma Eurofighter und Airbus in all den Jahren als kompetente und herausragende Firmenmitarbeiter kennengelernt. Mehr als ein Jahrzehnt unfallfreier Betrieb sind die Leistung der Mitarbeiter in allen Ebenen und sprechen für sich. Die internationale Anerkennung, unter welchen Rahmenbedingungen wir das System EFT betreiben, spricht für die Leistung der im Programm EFT involvierten Kolleginnen und Kollegen. ■

Eurofighter – die erste Landung in Österreich am 12. Juli 2007

Zum Abschluss noch ein Denkanstoß:

Wie wäre es mit dem Slogan

„AIRBUS BIETET DEN PERFEKTEN JET FÜR DAS ÖSTERREICHISCHE BUNDESHEER“?

Politik und Hersteller sollten dies einmal unter diesem Blickwinkel betrachten.

HERZLICHST
CHRISTIAN DIATEL
VORSITZENDER DER PERSONALVERTRETUNG AM FLIEGERHORST HINTERSTOISSER

Günther Tafeit, Personalvertreter und Vorsitzender im Fachausschuss Luftstreitkräfte

+++ AKTUELL +++

SCHEINHEILIGE FORDERUNGEN UNTER DEM DECKMANTEL „LUFTGIPFEL“

Die schier nicht enden wollende To-do-Liste an die Frau Bundesministerin Tanner durch den „Präsidenten“ des kleinen Haidinger’schen Gewerkschaftsvereins, verbreitet mit einer OTS-Aussendung vom 12. 11. 2020, ist eine plakative Zusammenfassung des Versagens ehemaliger Verteidigungsminister der letzten 13 Jahre. Darunter befindet sich neben drei roten und zwei parteilosen auch ein blauer Ex-Minister.

Da hat sich im Luftbereich einiges an Problemen angehäuft. Aber keine Angst, Herr „Präsident“, wir werden den Berg Schritt für Schritt gemeinsam mit dem Dienstgeber abarbeiten. Nicht in Ihrer theatralischen und populistischen Art, aber dafür unter Einbindung von echten Luftexperten, deren fachliche Expertise über die einer AUF/AFH Partei-Mitgliedschaft hinausreicht.

Nur zur Erinnerung: Das Kommando Luftstreitkräfte war nach seiner Auferstehung im Jahr 2017 bereits auf dem besten Weg, die Unzulänglichkeiten im Luftbereich zu bereinigen. Aber da kam Ihr Bundesminister und hat dem ein jähes Ende gesetzt!

Herzlichst Ihr

... für euch unterwegs

WIEN

DIE NEUE NORMALITÄT: TELEARBEIT – HOMEOFFICE

Unter dem Begriff Telearbeit werden Arbeitsformen zusammengefasst, bei denen Bedienstete ihre Aufgaben/Tätigkeiten ganz oder teilweise außerhalb ihrer Dienststellen/Kanzleien nachkommen können. In diesem Zusammenhang wird auch oft von Mobilarbeit bzw. mobiler Arbeit gesprochen.
Beim sogenannten Homeoffice (Home-Office) kommen die Bediensteten ihrer Tätigkeit in ihrem Zuhause nach. Hierzu werden über digitale Kommunikationswege Aufträge erteilt und deren Ergebnisse/Ausarbeitungen der Dienststelle bzw. dem Leiter übermittelt.
Nachfolgend eine kurze Darstellung von Gestaltungsmöglichkeiten:
Teleheimarbeit, auch als Home-Office, Teleworking oder Working from Home bezeichnet. Bei dieser Form verrichtet der Dienstnehmer die gesamte Arbeit als Heimarbeit in seiner eigenen Wohnung (Arbeitszimmer). Ein Arbeitsplatz in den Räumlichkeiten der Dienststelle ist hierzu nicht zwingend erforderlich.
Alternierende Teleheimarbeit ist die vorherrschende Variante der Telearbeit. Hierbei wird abwechselnd von zu Hause bzw. an der Dienststelle oder einer auswärtigen Dienststelle gearbeitet. Das Unternehmen bzw. die Dienststelle stellt für die Arbeit mehreren Personen einen Arbeitsplatz zur Verfügung, der dann von ihnen zu unterschiedlichen und miteinander abgesprochenen Zeiten genutzt wird.

FOTO: JOSEF HAGENDORFER

Mobile Telearbeit wird im zivilen Bereich hauptsächlich von Vertretern, Kundenbetreuern und ähnlichen Berufsgruppen praktiziert. Hierbei steht die Tätigkeit an wechselnden Arbeitsorten (z. B. in der Kundenwohnung) sowie u. U. der Fernzugriff auf die unternehmensinterne IT-Infrastruktur im Mittelpunkt. Diese wäre in unserem Bereich z. B. für Sicherheitsfachkräfte, Service-Wartungstechniker, Prüftechniker und Prüfmeister anwendbar.
On-Site-Telearbeit ist eine zusätzliche Sonderform. Zu dieser Form zählt die Dienstverrichtung innerhalb der Gebäude und der Infrastruktur einer anderen Dienststelle. Diese Arbeitsform kann beispielsweise von Bediensteten mit großen Entfernungen zur Dienststelle praktiziert werden. Hierzu könnten sogenannte Telecenter für die Bediensteten, die sich oftmals in der Nähe des Wohnortes befinden, an nahegelegenen Dienststellen eingerichtet werden. In diesen Telecentern wird die für die Arbeit notwendige Infrastruktur (insbesondere schnelle Netzwerkverbindungen etc.) bereitgestellt.

ANFORDERUNGEN

Telearbeit stellt verschiedene Anforderungen an alle Beteiligten. So muss ein jeweils geeigneter Arbeitsplatz mit Infrastruktur zur Verfügung stehen.

Dabei müssen auch die Aspekte des Datenschutzes, der Datensicherheit, des Bedienstetenschutzes und der Arbeitssicherheit sowie versicherungstechnische Probleme, die sich aus den verschiedenen rechtlichen Bestimmungen ergeben, Berücksichtigung finden.

MOTIVATION UND AUSWIRKUNGEN FÜR DEN DIENSTGEBER

Der Dienstgeber hat bei Telearbeit unter anderem den Vorteil, dass er weniger Büroflächen zur Verfügung stellen muss und dass Fahrt- sowie Mehrkosten eingespart werden können. Kinderbetreuung oder die Pflege Angehöriger lassen sich so beispielsweise für die Dienstnehmer mit Tele-Heimarbeit besser verbinden. Darüber hinaus wird die Möglichkeit der Tele-Heimarbeit durch viele Dienstnehmer als positiv bewertet und kann den Ruf bzw. die Attraktivität des Dienstgebers wesentlich steigern. Hinzu kommt eine Steigerung der Motivation sowie der Arbeitseffektivität und Effizienz der Bediensteten.

Diese Art der Dienstverrichtung setzt ein hohes Vertrauen zwischen dem Dienstgeber und dem Dienstnehmer voraus, da die Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten durch die Freiheitsrechte der Bediensteten beschränkt sind und sich vollkommen anders zeigen als bei einem Arbeitsplatz an der Dienststelle vor Ort. Dieser muss einer ergebnisorientierten Arbeit positiv gegenüberstehen und auf die tradierten Kontrollfunktionen zu Gunsten eines stärkeren Vertrauens zu seinen Bediensteten verzichten können. Als einzig tragfähiges Managementkonzept bei der Telearbeit gilt das Management by Objectives. Dabei kommt dem Prinzip der Zielvereinbarung die größte Bedeutung zu.

Vor allem kann mit diesen Arbeitsmodellen eine Einsparung von CO_2 erzielt und somit den Umweltbemühungen des Bundesministeriums für Landesverteidigung positiv Rechnung getragen werden.

Als Motivation und als positive Auswirkungen für Dienstnehmer werden von diesen häufig genannt:

- Vereinbarkeit von Dienst und Familie
- freie Zeiteinteilung
- bessere Möglichkeiten zur Nutzung kreativer Phasen
- eingesparter Arbeitsweg (ist gleich Zeitgewinn für beide Seiten)
- Unabhängigkeit von Witterungsbedingungen
- höhere Eigenverantwortung und Motivation
- ungestörte Arbeitsmöglichkeit

Weitere Vorteile der Tele-Heimarbeit sind bei jungen Eltern gegeben, denen so der Wiedereinstieg in das Berufsleben erleichtert wird. Die Arbeitsleistung kann verteilt erbracht, Kinder können trotzdem versorgt werden. Für erwerbstätige Frauen liegt die Motivation zur Telearbeit oft in der Hoffnung auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf; unter Männern herrscht der Wunsch nach Vermeidung langer Anfahrtswege oder nach einer ruhigen Arbeitsatmosphäre vor, mit besserer Konzentration oder weniger Ablenkung, da Störungen durch Kollegen ausbleiben. Alternierende Telebeschäftigte empfinden die Telearbeit meist als familienfreundlich und vorteilhaft, weil sie eine Anpassung an den eigenen Rhythmus ermöglicht. ➤

... für euch unterwegs

HOMEOFFICE AUFGRUND DER COVID-19-PANDEMIE

Als Auswirkung der Covid-19-Pandemie gewährten anfangs viele Arbeitgeber ihren Mitarbeitern die Option, die Arbeit im Homeoffice zu leisten. Später empfahlen die Arbeitgeber ihren Mitarbeitern, zu Hause zu arbeiten. Nach Schließung der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen blieb vielen Eltern gar nichts anderes übrig, als zu Hause zu bleiben, um die Kinder zu betreuen.

CONCLUSIO:

Aufgrund der plötzlichen Herausforderungen der „Covid-Krise“ wurden durch das Bundesministerium für Landesverteidigung zahlreiche der oben angeführten Möglichkeiten der Dienstgestaltung als sofortige Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit des ÖBH angeordnet. Wir als Kollektiv der Personalvertretung möchten nun die aus den laufenden Prozessen gewonnenen Erfahrungen nutzen und diese als sinnvolle Formen der Dienstverrichtung für die Zukunft in den Dienstbetrieb aufnehmen. Auf keinen Fall darf bei Telearbeit und Homeoffice das Schwinden des sozialen Kontaktes an der Dienststelle vernachlässigt werden.

Entsprechende Regelungen über die Telearbeit finden sich bereits jetzt mit „§ 36a BDG bzw. § 5c VBG sowohl im Beamten- als auch im Vertragsbedienstetenrecht. Eine explizite gesetzliche Regelung für Anordnung und Ausgestaltung von Homeoffice fehlt noch gänzlich. Der Bedarf hierfür wurde jedoch durch den Gesetzgeber erkannt, sodass hier auf Basis der bisher gemachten praktischen Erfahrungen mit einer umfassenden Regelung sowohl für die Privatwirtschaft als auch für den Öffentlichen Dienst noch im 1. Halbjahr 2021 zu rechnen sein wird. ■

PETER KUPFER

SCHWERE ZEITEN!!!

Stell dir für einen Moment vor, du wärst im Jahr 1900 geboren.

FOTOS: DR. MICHAEL SAID

Wenn du 14 Jahre alt bist, beginnt der Erste Weltkrieg und endet, wenn du 18 Jahre alt bist, mit 22 Millionen Todesopfern.

Kurz darauf beginnt eine weltweite Pandemie, die Spanische Grippe, mit 50 Millionen Todesopfern und endet, wenn du 20 Jahre alt bist.

Wenn du 29 Jahre alt bist, beginnt die Weltwirtschaftskrise, mit dem Börsencrash in New York. Die Folgen sind Inflation und Massenarbeitslosigkeit.

Wenn du 33 Jahre alt bist, gelangen die Nazis an die Macht.

Wenn du 39 Jahre alt bist, beginnt der Zweite Weltkrieg und endet, wenn du 45 Jahre alt bist, mit 60 Millionen Todesopfern. Im Holocaust sterben 6 Millionen Juden.

Wenn du 52 Jahre alt bist, beginnt der Koreakrieg und wenn du 64 Jahre alt bist, beginnt der Vietnamkrieg und endet, wenn du 75 Jahre alt bist.

Ein Kind, das im Jahre 1985 geboren wurde, dachte, dass Oma und Opa keine Ahnung haben, wie schwer das Leben sein kann, doch die beiden haben bereits mehrere Kriege überlebt.

Ein 1995 geborener und heute 25-jähriger Mensch glaubt, dass es das Ende der Welt sei, wenn sein Amazon-Paket mehr als drei Tage braucht, bis es ankommt, oder sein Foto nicht mehr als 15 „Likes“ bekommt, wenn es auf Facebook oder Instagram gepostet wurde.
Heute befinden wir uns mit allen Bequemlichkeiten der modernen Welt in einer neuen Pandemie.
Aber die Leute beschweren sich, weil sie mehrere Wochen lang zu Hause bleiben, im Supermarkt Masken tragen müssen und nicht auf Partys gehen sollen. Sie haben Strom, Handys, genug Essen, warmes Wasser und ein Dach über dem Kopf.
All dies gab es in früheren Zeiten nicht, doch die Menschen haben auch dies überstanden und niemals ihre Lebensfreude verloren.
Vielleicht ist es an der Zeit, seine Perspektive zu ändern, weniger egoistisch zu sein und mit Jammern und Weinen aufzuhören.
Lasst uns dankbar sein für die Zeit, in der wir leben, und lasst uns alles tun, was uns gegenseitig schützt und hilft. ■

HELMUT PRÖLL

VORARLBERG

PROBLEMATIK FACHUNTEROFFIZIERE

In Vorarlberg haben wir immer wieder die Problematik, dass es einen Mangel an Fachunteroffizieren gibt. Vor allem wirkt sich dies im Wi- und N-Bereich aus. Leider kommt es nun aufgrund verschiedener Maßnahmen des Dienstgebers zu einer Verschärfung der Situation.

So bietet der Dienstgeber schon seit mehreren Jahren nicht mehr die Möglichkeit, den Fachteil WiD in der KAAusb2 zu absolvieren. Ab dem nächsten Jahr wird es auch keine Möglichkeit mehr geben, den Fachbereich FzD zu absolvieren. Die Argumente des Dienstgebers dazu sind, dass es keinen Bedarf gibt und dass diese Funktionen im Rahmen einer Umschulung später stattfinden sollen.
Dem ist entgegenzuhalten, dass junge Soldaten sich nicht für Ausbildungen melden können, welche nicht angeboten werden, und dass es im Bereich der Umschulungen danach immer wieder zu Engpässen bei den Kursen kommt.
Es gibt jedoch, nach unserer Meinung, auch noch einen weiteren Grund, Innendienstausbildungen schon in der KAAusb2 anzubieten – dieser ist, dass man damit unter anderem junge Soldaten anspricht, welche nicht „Kämpfer“ werden wollen, jedoch durch die abwechslungsreichen und herausfordernden Aufgaben des Bundesheeres angesprochen werden.
Es wäre daher aus Sicht der Personalvertretung und Bundesheergewerkschaft in Vorarlberg wichtig, dass die Fachteile für Fachunteroffiziere der Kompanien in der KAAusb2 wieder angeboten werden, um schon bei jungen Soldaten dafür Werbung zu machen. ■

OBST EBERLE ANDREAS VORSITZENDER FA V

STEIERMARK

VORSITZWECHSEL IM BETRIEBSAUSSCHUSS FLIEGERHORST HINTERSTOISSER

FOTOS: DR. MICHAEL SAID

Im Zuge der Organtage in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) wurde der größte Betriebsausschuss im ÖBH neu konstituiert.
Nach über 17 Jahren Vorsitzführung übergab Günther Tafeit das Zepter an Christian Diatel, der auch Vorsitzender der örtlichen Personalvertretung ist. Aufgrund des grandiosen Wahlerfolges bei der letzten Personalvertretungswahl verfügt die göd. fcg wie bisher über acht von neun Mandaten im Betriebsausschuss.
Ich bedanke mich als Vorsitzender der Landesleitung Steiermark beim bisherigen Vorsitzenden, der ja der GÖD in weiteren Funktionen erhalten bleibt, für seine langjährige GBA-Vorsitzführung und wünsche dem neuen Vorsitzenden und seinem Team alles Gute und viel Erfolg in dieser herausfordernden Zeit. ■

VZLT GERALD SAPPER
VORSITZENDER DER LANDESLEITUNG
BUNDESHEERGEWERKSCHAFT STEIERMARK

KÄRNTEN

TRUPPENBESUCH DER BUNDESMINISTERIN TANNER AM 23.10.2020 IN DER GARNISON VILLACH

Am 23. 10. 2020 wurde der Garnisonsort Villach durch den Besuch der Frau Bundesministerin für Landesverteidigung, Frau Mag. Klaudia Tanner, beehrt. Aus dem Kabinett mitgereist waren auch der StbChBM, GenMj Mag. Rudolf Striedinger und der Pressesprecher der Bundesministerin, BA LL.M Roman Markhart. Grund des Besuches war einerseits die feierliche Angelobung des Einrückungstermins September und Oktober 2020 und andererseits die offizielle Vorstellung des Projektes „Großkaserne Villach“. Im Beisein des Landeshauptmanns von Kärnten, Dr. Peter Kaiser, und des Bürgermeisters der Stadt Villach, Günther Albel, sowie der Frau Bundesministerin legten 209 Rekruten den Eid auf die Republik Österreich ab.
Nach der feierlichen Angelobung und einem gemeinsamen Mittagessen wechselte man in die Henselkaserne auf der Oberen Fellach. Ziel war es, das Projekt „Großkaserne Villach“ der Öffentlichkeit vorzustellen. Nachdem seit mittlerweile 15 Jahren um

eine Erneuerung der Infrastruktur in Villach gerungen wurde, konnte nun unter Führung der Frau Bundesministerin mit allen verantwortlichen Stakeholdern die Umsetzung endlich fixiert werden. Die Umsetzung soll in zwei Phasen durchgeführt werden. In der ersten Phase wird für das PiB1 die neue Infrastruktur geschaffen und in der Phase zwei soll für das FüUB1 eine neue Heimstätte errichtet werden. Die Budgetierung beläuft sich auf 120 Millionen Euro. Der Zeitplan erstreckt sich derzeit bis zur kompletten Fertigstellung bis ins Jahr 2027.
Ein offizieller Pressetermin und eine Führung durch das Areal der Henselkaserne rundeten den Besuch ab.
Im Namen der FCG-Fraktion möchte ich mich nochmals recht herzlich bei der Frau Bundesministerin für die rasche Fixierung dieses Bauvorhabens bedanken. Es ist als Zeichen der Wertschätzung aller in Villach dislozierten Soldaten und Zivilbediensteten zu werten. ■

TIROL

DIPLOMATIE „WICHTIGER DENN JE“!

Die Diplomatie ist angeschlagen und die Pandemie hat Wesentliches dazu beigetragen. Kontakte und Netzwerke sind in der Diplomatie von besonderer Bedeutung. Nur durch soziale Nähe kann Beziehung und Vertrauen entstehen. Eine Tiroler Redensart besagt, dass man erst dann tatsächlich ein Vertrauensverhältnis aufbauen kann, wenn man „zusammen Schweine gehütet hat“. Durch Telefonate und Videokonferenzen können bereits bestehende Beziehungen zwar gepflegt und aufrechterhalten werden, aber eine neue Beziehung zu knüpfen ist fast unmöglich.

Deshalb stationiert das Österreichische Bundesheer die Militärattachés, mit Ausnahme von Zentraleuropa, wenn möglich in dem Gebiet, für das ihre Expertise gelten soll. An erster Stelle steht auch hier der persönliche Kontakt zu hohen Vertretern der Streitkräfte und den Verteidigungsministerien. Dies erfordert insbesondere eine hohe kommunikative Fähigkeit und Verhandlungsgeschick, interkulturelle Kompetenz sowie eine hohe Expertise für sicherheitspolitische Entwicklungen. Gerade in Zeiten von Reisebeschränkungen/-verboten ist es wichtig, vor Ort zu sein, um die oben beschriebenen Kompetenzen aufrechtzuerhalten. Selbstverständlich unter Einhaltung der verordneten Covid-19-Sicherheitsbestimmungen. ➤

... für euch unterwegs

Hans SCHÖPF, Obst Vorsitzender GÖD-Bundesheer-gewerkschaft TIROL

MIT DISTANZ GIBT ES KEINE WIRKLICHE WECHSELBEZIEHUNG

Der Mensch ist mehr als nur Stimme und Aussehen. Jeder von uns hat ein Herz und eine Seele. Wir müssen den Menschen als Gesamtes wahrnehmen können. Emotionale Zuwendung, Einfühlungsvermögen, aufmunternde Gespräche, Hilfsbereitschaft aber auch neue Kontakte fördern den Zusammenhalt und das Vertrauen. Dazu können je nach Kultur auch Berührungen im dezenten Bereich beitragen (z. B. Händedruck, Umarmung, Bussi links und rechts). Auch das sogenannte Arbeitsessen gehört dazu und nicht zuletzt die vielen Hintergrund- und Privatgespräche. Ergebnisse brauchen meist Kompromisse und Kompromisse entstehen eben durch Interaktion.

COVID-19 WELTWEIT

Auf allen Kontinenten gibt es mittlerweile Covid-19-Fälle. In allen Ländern werden Maßnahmen ergriffen, um die Verbreitung einzudämmen. Das kleine Virus hat uns fest im Griff und scheint unsere Wirtschaft teilweise in die Knie zu zwingen. Profilierungssucht und Machtdemonstration sind keine geeigneten Waffen im Kampf gegen das Virus. Wir brauchen gemeinsame Lösungen im Kampf gegen diesen unsichtbaren Gegner. Gerade jetzt wären vertrauensbildende Maßnahmen über die Grenzen hinaus gefragt.

WELTORDNUNG AUF WACKELIGEN BEINEN

Die Welt steckt derzeit in einer handfesten Krise. Streitigkeiten und Misstrauen, nicht nur zwischen den Großmächten, blockieren das große Ganze: Die USA steigen aus wesentlichen Verträgen und Abkommen aus oder stehen auf der Bremse (Abkommen über den Klimawandel oder den Welthandel, Iran), Chinas zunehmend selbstbewusster Aufstieg (Militarisierung des Südchinesischen Meeres) sowie Russlands Drang, sich Einflusssphären zu sichern (Annexion der Krim von der Ukraine).

Die EU kämpft ebenso an mehreren Fronten: Großbritanniens Austritt (mit massiven Nachwehen), die mangelnden Standards der Rechtsstaatlichkeit und der richterlichen Unabhängigkeit in manchen Staaten, die stolpernden Versuche einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Schlussendlich pocht jedes Land auf seine eigenen Forderungen, was bei einem Einstimmigkeitsprinzip nachhaltige Kopfschmerzen verursacht.

So augenscheinlich wie während der derzeitigen Pandemie war es aber noch nie:

Die Diplomatie – die Kunst des Verhandelns, der schrittweisen Überzeugungsarbeit und das Erzielen von Kompromissen, um Streitigkeiten friedlich beizulegen – scheint auf der Strecke zu bleiben! Bleibt's g'sund! ■

EUER OBST HANS SCHÖPF, VORSITZENDER DER FCG-BUNDESHEERGEWERKSCHAFT IN TIROL

FOTOS: DR. MICHAEL SAID

„EINE INTERESSANTE, ABER HERAUSFORDERNDE AUFGABE FÜR UNSERE BEDIENSTETEN“

„GEMEINSAM FINDEN WIR LÖSUNGEN UND VERBESSERUNGEN FÜR UNSERE MITARBEITER“

VOR ORT

OBERÖSTERREICH

SAG’S DEINEM PERSONALVERTRETER

Das Panzergrenadierbataillon 13, ein Verband der 4. Panzergrenadierbrigade, ist die militärische Heimat von Vizeleutnant Wolfgang Ehwallner in der Zehner-Kaserne in Ried im Innkreis.
Als Vorsitzender des Dienststellenausschusses der Zehner-Kaserne umfasst sein Zuständigkeitsbereich die Bediensteten des Panzergrenadierbataillons 13 und die Bediensteten der Betriebsstaffel in der Zehner-Kaserne.

Seit 16 Jahren ist Wolfgang Ehwallner aktiver Personalvertreter, davon jetzt die 2. Periode als Vorsitzender des Dienststellenausschusses der Zehner-Kaserne.
Als stellvertretender Vorsitzender des Fachausschusses für Oberösterreich, auch die 2. Periode, umfasst sein Betätigungsfeld als Personalvertreter die Dienststellen des Militärkommandos für Oberösterreich sowie die Verbände der 4. Panzergrenadierbrigade mit den Standorten in Oberösterreich.
Schwerpunkte und Herausforderungen:

- Sanierung der Zehner-Kaserne mit zugesagtem Start im Jahr 2021
- Erhalt der mechanisierten Verbände in OÖ mit dem Upgrade der Waffensysteme Schwergewicht SPz ULAN und KPz LEOPARD. ■

STECKBRIEF

Dienstgrad:	*Vizeleutnant*
Name:	*Wolfgang Ehwallner*
Alter:	*50 Jahre*
Familienstand:	*verheiratet*
Kinder:	*1 Sohn*
Wohnort:	*Peterskirchen im Innviertel*
Eingerückt:	*Jänner 1989*
Ausbildung:	*Fernmeldeunteroffizier – Führungsunterstützer*
Arbeitsplatz:	*S6 Unteroffizier und Leitbediener beim PzGrenB13*
Personalvertretung:	*Vorsitzender Dienststellenausschuss Zehner-Kaserne* *stv. Vorsitzender Fachausschuss Oberösterreich*
Funktion in der GÖD OÖ:	*Schriftführer der Landesleitung 25,* *GBA-Vorsitzender Zehner-Kaserne*

... für euch unterwegs

NIEDERÖSTERREICH

GOLDENES EHRENZEICHEN

Von links nach rechts:
Koll. Johannes Hetfleisch, Hofrat Wilhelm Waldner, Wolfgang Hammerl und der Vorsitzende der Landesleitung Mitgl. d. BdsRates a.D. RegRat Alfred Schöls.

Anlässlich des Schulungskurses der GÖD Landesleitung Landesverteidigung wurde beim Kameradschaftsabend im Beisein des designierten Vorsitzenden Kollegen Markus Gruber durch den Vorsitzenden der GÖD, Landesvorstand RegRat Alfred Schöls, dem langjährigen Vorsitzenden der Landesleitung Landesverteidigung, Kollege Wolfgang Hammerl, das Goldene Ehrenzeichen verliehen sowie Dank und Anerkennung ausgesprochen. Es waren zahlreiche Ehrengäste anwesend wie Hofrat Wilhelm Waldner und Anton Idinger, GenMjr MMag. Harald Vodosek und GenMjr Mag. Rudolf Striedinger. Der Landesvorstand Landesverteidigung wünscht ihm für die Zukunft alles erdenklich Gute. ■

BETREUUNG 1. ASSKP BOLFRAS-KASERNE MISTELBACH

Der GBA Bolfras-Kaserne Mistelbach bedankt sich mit einer Kaffeejause für die aktive Truppenbetreuung des MilKdoNÖ bei der 1. AssKpNÖ beim Assistenzeinsatz. ■

FOTOSXXX

Von links nach rechts:
ADir Alexander Schneck, Ref TrpBetr, OStv Gerhard Arzt, Vors. DA/GBA, Obstlt ADir Jürgen Schlesinger

Mitgliedsanmeldung

1200 Wien, [illegible] 7, Tel.: [illegible], Fax: [illegible], E-Mail: [illegible]@goed.at, ZVR-Nr. [illegible]

Akad. Titel: | Anrede: | Geburtsdatum: | Geschlecht: weiblich / männlich

Familienstand, Staatsbürgerschaft: | Beruf/Job:

Straße/Hausnr.:

PLZ: | Ort:

Telefonnummer: | SV-Nr./Geb.-Datum:

E-Mail:

- Bildungsweg
- Vorbeschäftigungsverhältnis(se)
- Angestelltenjahr(e)
- Lehrabschluss
- Studienrichtung/Studienjahre
- Sonstiges:

☐ Ich willigte ein, dass die GÖD mich telefonisch/schriftlich, per elektronischer Post (§ 107 TKG) kontaktieren darf, um über Serviceleistungen, etwa Rabatte für Tickets, Bücher, Veranstaltungen usw., zu informieren und sonstige Informationen zu übermitteln. Die Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden.

Bundesländer (Dienstsitz):

Anschrift Dienststelle:

PLZ: | Ort:

Dienstbezeichnung: | Beginn/Ende:

Waren Sie bereits Mitglied der Österreichischen Gewerkschaft Öffentlicher Dienst? ja / nein

Wann (Jahr) wurden Sie Mitglied?

Angabe der Mitgliedsnummer:

Ich verpflichte mich, die monatliche Beitragsabbuchung (auch alternativ unter www.goed.at/beitrag) zur Vermeidung Gebühren zu tragen.

Ort, Datum | Unterschrift der Dienstnehmerin/des Dienstnehmers

Beitragseinbehalt durch den Dienstgeber

☐ Ich erkläre mich einverstanden, dass mein Gewerkschaftsbeitrag durch den/die Dienstgeber/in, Arbeitgeber/in von meinem Bezug/Entgelt/Lohn/Schulgeldentschädigung bzw. durch die PVA/pensionsauszahlende Stelle von meiner Pension einbehalten und überwiesen wird; und ich deshalb meine Einwilligung erteile, dass meine im Zusammenhang mit der Beitragseinhebung erforderlichen personenbezogenen Daten (dies sind in jeweils aktueller Form die oben angegebenen Daten und Gewerkschaftszugehörigkeit, Personalnummer, Adressänderungsdaten, Einstufung, Endbesoldungskategorie, Beitragsdaten, Karenzzeiten, Präsenz-, Ausbildungs- und Zivildienstzeiten, Eintritts-/Austrittsdaten, SV-Zugehörigkeit und Pensionierungsdatum) von meinem Arbeitgeber und der Gewerkschaft verarbeitet werden dürfen und verpflichtet den/die Arbeitgeber/in, diese Daten an den Österreichischen Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft Öffentlicher Dienst zu übermitteln. Diese Einwilligung kann jederzeit gegenüber der GÖD widerrufen werden.

An die Personalabteilung der Stelle: | Bezirk:

Akad. Titel: | Familienstand/Vorname:

SV-Nr./Geb.-Datum: | Personalnummer:

Ort, Datum | Unterschrift der Dienstnehmerin/des Dienstnehmers

GÖD

Mitgliederanmeldung

[redacted]

[redacted]

[redacted]